

Thesen aus der BAG FiP

**zur Online-Diskussion mit Zusammenschlüssen des linken Flügels in der Partei Die Linke:
Mittwoch, 19. August 2026, 18 bis 20 Uhr:**

Alle wollen regieren – wir wollen verändern!

Nach dem Bundesparteitag in Potsdam: Wie gelingt ein wirksamer Antifaschismus? Wie halten wir es dabei mit Regierungsbeteiligung (mit der CDU)?

Dieser Beitrag gibt zunächst meine persönliche Meinung wieder, die in vielen Punkten von meiner BAG FiP geteilt wird. Diese Thesen sollen zur notwendigen Diskussion anregen und sind nicht der Weisheit letzter Schluss.

1. Der **Faschismus ist die größte Bedrohung** linker, sozialistischer Bewegungen und verdient daher größte Aufmerksamkeit. Die Befassung mit dem Begriff ist daher nicht nur akademisch. Einigkeit besteht in einer kontroversen Begriffsfindung, dass es unterschiedliche regionale und historische Ausprägungen gibt, dass faschistische Tendenzen (Faschisierung) nicht zwangsläufig zum Faschismus (an der Macht) führen, dass der Faschismus als Herrschaftsform weiterhin eine Option des Kapitals ist und dass ein autoritärer Staatsumbau noch nicht faschistisch ist, aber ihm Vorschub leistet.

Ich sehe in der **AfD (wie auch Orban, Melani) als Ganzes noch keine faschistische Partei**. Wesentliche Kriterien von Faschismus erfüllen Sie nicht (grundsätzliche Abschaffung des demokratischen Staates, nicht-staatliche Terrororganisation), auch wenn sie völkische, faschistische Teile umfasst (s. Kapfinger). Der Faschismus ist aber zurzeit auch wegen des Fehlens starker linker Parteien oder Bewegungen zur Herrschaftssicherung noch nicht notwendig. Was die Einschätzung der MEGA-Bewegung in den USA angeht, neige ich zur Auffassung von Jan Rehmann, der von Technofaschismus spricht (im Argument).

Emanuel Kapfinger: <https://www.jungewelt.de/artikel/526239.theorie-weder-demokratie-noch-faschismus.html...>

Jan Rehmann: <https://www.jungewelt.de/artikel/527389.usa-todestrieb-der-techfaschisten.html>

Gerd Wiegel: Von Meloni bis Trump: Begriffliche Fassung und Ursachen der internationalen Rechtsentwicklung

2. Daher ist der **Hauptkampf aktuell für mich gegen einen autoritären Kapitalismus** (Autoritarismus) bzw. den autoritären Umbau unseres Staates zu führen. Zu den Betreibern gehören die Union (die in Teilen auch die AfD miteinbeziehen würde), die FDP, die Grünen (gegen Palästinasolidarität, gegen Russland) und SPD (bürgerliche Mitte).
3. Auch wenn vor allem wir die noch bestehenden demokratischen Rechte des bürgerlichen Staates verteidigen (wie es der KPD-Vorsitzende Max Reimann schon 1949 verkündet hat), schon um unsere Kampfmöglichkeiten nicht zu schmälern, müssen wir die **bürgerliche Demokratie** (in der Funktion der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse) als solche **kritisieren**. Spätestens in der Arbeitswelt herrscht das Kapital (Direktionsrecht) und bestimmt die Arbeits- und Lebenswirklichkeit der Lohnabhängig Beschäftigten.

4. Damit **akzeptieren wir ein Teil der Kritik vieler AfD-Wähler*innen** an unserem existierenden demokratischen Staat, weil eben nicht alle gleiche Rechte haben, es ungerecht zugeht und die Besitzenden mit ihrer ökonomischen Macht sich am Ende immer durchsetzen. Dann endet Demokratie und wird zur Farce. Das führt aber nicht zu einer pauschalen Ablehnung von Demokratie. In einer Befragung dieses Jahres sehen ca. 80 % der Befragten in der Demokratie eine gute Staatsform. Sie kritisieren die regierenden Parteien, die ihre Versprechen nicht einlösen (Parteienverdrossenheit). Und dabei ist Die Linke mitgemeint. Dennoch kommen wir gut weg, da sich nur 4 % der Befragten von der Linken grundsätzlich vernachlässigt fühlen (bei der AfD sind es 29%).

Bericht über neuen RTL/ntv-Trendbarometer im Münchner Merkur vom 14.8.26

5. Um uns als **fundamentale Alternative von den bürgerlichen Parteien** abzuheben, müssen wir diese (berechtigte) Kritik aufnehmen und mit einer Klassensicht (Gegensatz oben – unten) beantworten mit der Perspektive einer emanzipatorische Gesellschaft, in der nicht das Kapital bestimmt. Unser Ziel muss sein, als die linke Alternative zu agieren, die der **bürgerlichen Demokratie eine sozialistische gegenüberstellt**, in der die Produzenten*innen (abhängig Beschäftigte) über die Belange in den Betrieben und Amtsstuben bestimmen. Dazu bedarf es erste Schritte wie die Überführung von Wohnungskonzernen, Infrastrukturgesellschaften und Betrieben der Daseinsvorsorge in Gemeineigentum, letztlich einer Strategie der Transformation der Gesellschaftsordnung, was bei der Linken zurzeit fehlt.
6. Um sich weiter **vom bürgerlichen Politik- und Regierungsstil abzusetzen** bedarf es aber mehr. Dazu gehört der Gehaltsdeckel, ständige Sozialberatung durch Mandatsträger*innen, Unbestechlichkeit, alles was das „Abheben“ von der arbeitenden und lernenden Bevölkerung verhindert. Das ist grundsätzlich mit der Oppositionsrolle besser zu vereinbaren, wie in einer Regierung: **Alle wollen regieren – wir wollen verändern!** Unser Titel.
7. Für mich ist die Politik der **KPÖ in Graz und Salzburg Vorbild**. Ein Teil haben wir mit Erfolg abgeschaut (Mieten Kampagne, Gehaltsdeckel), aber es ist noch ein weiterer Weg, eine glaubwürdige Alternative zum bestehenden System als Partei aufzubauen. Es ist in Graz gelungen, vor allem ehemalige Nicht-Wähler*innen zugewinnen und die FPÖ zu stoppen *. Das ist erfolgreiche antifaschistische Politik. Ich halte große Gegendemos und **Aufmärsche gegen die AfD für nicht besonders zielführend**, da sie nichts bewegen, nur das eigene Gewissen beruhigen und die AfD stabilisieren.
- <https://www.jungewelt.de/artikel/525158.triumph-des-machbaren.html>
- *) <https://www.foresight.at/news/kpoe-mobilisierte-am-besten>
8. Wir müssen den **Zusammenhang von Aufrüstung und Sozial- inklusive Demokratieabbau** sehr viel deutlicher machen. Seit Potsdam ist das Beschlusslage. Kurz: **Wir müssen den autoritären Umbau unseres Staates stoppen mit der oben skizzierten sozialistischen Perspektive**, wird aber in der Praxis der Kampagne (Aufstand) gegen den Sozialabbau nicht immer deutlich.

9. Das bedeutet auch, sich **gegen die Kriegspropaganda**, die Russen würden uns 2029 angreifen, aktiv zu werden. Solange das geglaubt wird, wird der Sozialabbau als alternativlos von einer Mehrheit – auch der Gewerkschafter*innen – hingenommen. Das bedeutet unser **friedenspolitisches Profil schärfen**.
10. Und das wird nur mit **sehr viel politischer Bildung** gelingen, die zurzeit u. a. wegen des puren Aktionismus nicht stattfindet und sich auch nicht im Leitantrag des BPT findet. Das erfolgreiche Bündnis gegen Militarisierung und den Genozid in Potsdam brach in der Ukraine-Frage in sich zusammen. Ein Redner auf der friedenspolitischen Gewerkschaftskonferenz in Würzburg aus der Palästinasolidarität hat die Antwort gegeben: Bildung. Ja, lernen, lernen, lernen (Lenin). Zeiten ohne Wahlen sind dazu gut geeignet. Das muss aber von Oben, vom Bundesvorstand über die Landesvorstände bis zum letzten Kreisvorstand organisiert werden.

Und nun zu dem Verhältnis zu den anderen Parteien:

11. Wer für **Militarismus ist wie die Grünen** kann nicht wirklich Antifaschist sein. Und schon gar nicht, wer Israel verteidigt. Sie fallen für mich für engere Zusammenarbeit aus. Sie sind im Kampf gegen Sozialabbau als Neoliberale und gegen den Abbau von Rechten wegen ihrer Staatsräson nicht glaubwürdig. Schon ihre sozio-ökonomische Basis (betuchte Bildungsbürger*innen) macht es uns schwer. In wenigen Punkten ist Zusammenarbeit sinnvoll.
12. Für die **SPD** gilt ähnliches. Der noch bestehende Anspruch auf mehr Gerechtigkeit und Reststücke von Entspannungspolitik eröffnen **Möglichkeiten der Zusammenarbeit**, die ausgelotet werden sollten.
13. Die **Union als Treiberin** – mal mehr Mal weniger von der AfD angeschoben – des **Autoritarismus** (schon historisch: formierte Gesellschaft, wehrhafte Demokratie, marktgerechte Demokratie,...) ist für mich der **Hauptgegner**, da er alle stattlichen Mittel zurzeit in der Hand hat. Eine **Regierungsbeteiligung verbietet sich** gerade zu. Zu einer evtl. Duldung einer Minderheitenregierung, um die AfD an der Regierungsbeteiligung zu hindern – was wir machen müssen -, braucht es einige Voraussetzungen.
14. Aus einer **Position der Stärke** ist für mich auch eine Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften sinnvoll, wenn wir Bedingungen durchsetzen können. Um dies zu ermöglichen braucht es **gesellschaftliche Verankerung und Mobilisierung** und kein Verlass auf parlamentarische Vertretungen. Das ist das dickste Brett das Die Linke vor sich hat, wohl in den neuen Bundesländern noch mehr als im Westen (mein Eindruck). Es bieten sich Teile der Gewerkschaften an, die sich von der Umklammerung durch die SPD befreit haben. Sie haben die stärksten

Durchsetzungsmöglichkeiten (politischer Streik). Dann die antikapitalistische Klimabewegung, die Friedensbewegung und klassenbewusste Frauenbewegung etc.

Übrigens arbeitet die **KPÖ in Graz** mit bürgerlichen Parteien zusammen, erfolgreich, weil sie in der Stadtgesellschaft verankert ist (außerdem ist die Gemeindeverfassung kooperativistisch).

15. Natürlich muss man zunächst begründen, warum wir die Politik der Union ablehnen, um daraus abzuleiten, dass wir sie nicht unterstützen können, ja bekämpfen müssen, aber unter **bestimmten Bedingungen eine Minderheiten Regierung** je nach Thema und je nach unserer Stärke von Fall zu Fall dulden können.

16. Zur **Regierungsbildung in Berlin** erinnere ich an Rosa Luxemburg, die die französischen Sozialisten wegen ihrer Regierungsbeteiligung gescholten hatte:

„Ein prinzipieller Gegner des Bestehenden hingegen steht vor der Alternative: entweder auf Schritt und Tritt der bürgerlichen Mehrheit in der Regierung Opposition zu machen, d. h., tatsächlich kein aktives Mitglied der Regierung zu ... oder aber die Sache schließlich mitzumachen, die täglich zur Erhaltung und zum Fortlauf der Staatsmaschine in jedem Regierungszweig notwendigen Funktionen zu verrichten, d. h., tatsächlich kein Sozialist, wenigstens nicht in den Grenzen des Regierungsamtes, zu sein.“

<https://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1899/07/taktisch.html>

17. Spannend wäre natürlich eine **geschichtliche Aufarbeitung** der Erfahrungen der historischen Vorbilder von **Einheit- und Volksfront**. Das ist aber in der Kürze der Zeit von mir nicht leistbar. Beides verspricht zurzeit wenig Erfolg. Für eine Einheitsfront fehlen uns die Partner*innen. Eine Volksfront sehe ich bei dem bürgerlichen Militarismus und Staatsumbau nicht.

Wolfgang Schulz, Co-Sprecher der BAG FiP

Kurz zu mir: 1952 geboren, aufgewachsen und studiert (Mathematik & Politologie) in Westberlin, ab 1985 in München als Softwareentwickler in einem RZ tätig (BR, AR, Tarifkommission), 44 Jahre SPD, 2018 zur Linken, war im Kreisvorstand München und Landesvorstand Bayern, Sprecher der AG Betrieb & Gewerkschaft, LAG queer und LAG FiP mitgegründet und Co-Sprecher. Seit diesem Jahr Co-Sprecher BAG FiP und aktiv im AK politische Bildung in der Linken Bayern. Aktiv in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit im ver.di-Bezirk München.

Anhang:

Parteien Misstrauen wächst

Münchener Merkur vom 14.8.26

Die Entfremdung zwischen Bürgern und Parteien ist auf einem Höchststand. Nach dem neuen RTL/ntv-Trendbarometer haben nur noch zwölf Prozent den Eindruck, dass sich die Parteien ausreichend um die wirklichen Probleme und Interessen der Menschen kümmern. 84 Prozent verneinen das; im Osten und Westen ist dieser Wert fast gleich hoch.

Von denen, die die Probleme der Bürger durch die Parteien grundsätzlich vernachlässigt sehen, halten 29 Prozent die AfD für die Partei, die sich am wenigsten um die Interessen der Menschen kümmere. 25 Prozent sagen das von der Union und 11 Prozent von der SPD. 10 Prozent nennen bei dieser Frage die Grünen und je 4 Prozent FDP oder Linkspartei.

Thesen von Oliver Nachtwey: <https://jacobin.de/die-afd-kann-in-sachsen-anhalt-noch-gestoppt-werden/>

<https://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1899/07/taktisch.html>

Leipziger Volkszeitung, Nr. 153, 6. Juli 1899.

Rosa Luxemburg, **Gesammelte Werke**, Bd. 1, 1. Hbd., S. 483–486.

Kopiert von der Webseite *Sozialistische Klassiker*, die leider nicht mehr on-line ist.

HTML-Markierung: [Einde O'Callaghan](#) für das **Marxists' Internet Archive**.

Der Eintritt Millerands in das Ministerium Waldeck-Rousseau [1*] ist wohl geeignet, nicht nur für die Sozialisten Frankreichs, sondern auch anderer Länder den Anlaß zu mancher taktischprinzipiellen Betrachtung zu bieten. Die aktive Teilnahme der Sozialisten an einer bürgerlichen Regierung ist jedenfalls eine Erscheinung, die außer dem Rahmen der gewöhnlichen Betätigungsformen des Sozialismus liegt. Haben wir hier vor uns eine ebenso berechnete und zweckmäßige Form, der Sache des Proletariats zu dienen, wie zum Beispiel in der Tätigkeit im Parlament, im Gemeinderat? Oder ist dies im Gegenteil ein Bruch mit den Prinzipien und der Taktik des Sozialismus? Oder aber endlich bildet die Teilnahme der Sozialisten an der bürgerlichen Regierung einen Ausnahmefall, der unter bestimmten Voraussetzungen zulässig und notwendig, unter anderen verwerflich und schädlich ist?

Vom Standpunkte der opportunistischen Auffassung des Sozialismus, wie sie in der letzten Zeit in unserer Partei namentlich in den Theorien Bernsteins laut wurde, das heißt vom Standpunkte der *stückweisen Einführung des Sozialismus* in die bürgerliche Gesellschaft, muß auch der Eintritt der sozialistischen Elemente in die Regierung ebenso erwünscht wie natürlich erscheinen. Kann man einmal den Sozialismus überhaupt allmählich, in kleinen Dosen in die kapitalistische Gesellschaft einschmuggeln, und verwandelt sich andererseits der kapitalistische Staat von selbst allmählich in einen sozialistischen, dann ist eine fortschreitende Aufnahme von Sozialisten in die bürgerliche Regierung sogar ein natürliches Ergebnis der fortschreitenden Entwicklung der bürgerlichen Staaten, ganz entsprechend ihrer angeblichen Annäherung zur sozialistischen Mehrheit in den gesetzgebenden Körpern. Stimmt der Fall auf diese Weise mit der opportunistischen Theorie, so entspricht er nicht minder der opportunistischen Praxis. Da die Erzielung naheliegender greifbarer Erfolge, gleichwohl auf welchem Wege, die leitende Linie dieser Praxis bildet, so muß der Eintritt eines Sozialisten in die bürgerliche Regierung dem „praktischen Politiker“ als ein unschätzbare Erfolg erscheinen. Was kann nicht ein sozialistischer Minister alles an kleinen Besserungen, Linderungen, an allerhand sozialem Flickwerk durchführen!

Anders stellt sich die Frage dar, wenn man von dem Standpunkt ausgeht, daß die Einführung des Sozialismus erst nach dem Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung in Angriff genommen werden kann, und daß die sozialistische Tätigkeit sich gegenwärtig bloß auf die – objektive und subjektive – Vorbereitung dieses Moments durch den Klassenkampf reduziert. Es ist freilich Tatsache, daß die Sozialdemokratie, um praktisch zu wirken, alle erreichbaren Positionen im gegenwärtigen Staate einnehmen, überall vordringen muß. Allein als Voraussetzung gilt dabei, daß es Positionen sind, *auf denen man den Klassenkampf*, den Kampf mit der Bourgeoisie und ihrem Staate *führen kann*.

In dieser Beziehung besteht aber zwischen den gesetzgebenden Körpern und der Regierung eines bürgerlichen Staates ein wesentlicher Unterschied. In den Parlamenten können die Arbeitervertreter, wo sie mit ihren Forderungen nicht durchdringen können, sie doch wenigstens in der Weise vertreten, daß sie in oppositioneller Stellung verharren. Die Regierung hingegen, die die Ausführung der Gesetze, die *Aktion* zur Aufgabe hat, hat keinen Raum in ihrem Rahmen für eine prinzipielle Opposition, sie muß in allen ihren Gliedern und stets handeln, sie muß deshalb, auch wenn sie, wie in Frankreich seit einigen Jahren in den gemischten Ministerien, aus verschiedenen Parteivertretern besteht, doch stets einen grundsätzlich gemeinsamen Boden unter den Füßen haben, der ihr das Handeln ermöglicht, den Boden des Bestehenden, mit einem Wort, den Boden des bürgerlichen Staates. Der äußerste Vertreter des bürgerlichen Radikalismus kann im großen und ganzen mit dem rückständigsten Konservativen Seite an Seite regieren. Ein prinzipieller Gegner des Bestehenden hingegen steht vor der Alternative: entweder auf Schritt und Tritt der bürgerlichen Mehrheit in der Regierung Opposition zu machen, d. h., tatsächlich *kein* aktives Mitglied der Regierung zu sein – ein augenscheinlich unhaltbarer Zustand, der zur Entfernung des sozialistischen Mitgliedes aus der Regierung führen müßte – oder aber die Sache schließlich mitzumachen, die täglich zur Erhaltung und zum Fortlauf der Staatsmaschine in jedem Regierungszweig notwendigen Funktionen zu verrichten, d. h., tatsächlich *kein Sozialist*, wenigstens nicht in den Grenzen des Regierungsamtes, zu sein.

Die Sozialdemokratie hat allerdings in ihrem Programm viele Forderungen, die auch von einer bürgerlichen Regierung, ebenso wie von einem bürgerlichen Parlament – wenigstens abstrakt gesprochen – angenommen werden könnten. Es könnte deshalb auf den ersten Blick vorkommen, daß ein Sozialist auch in der Regierung, ebenso wie im Parlament, der Sache des Proletariats dienen kann, indem er das Mögliche und Erreichbare der Sozialreformen zu seinen Gunsten durchzudrücken strebt. In diesem Fall zeigt sich aber wiederum, was die opportunistische Politik stets außer acht läßt, daß es bei dem sozialdemokratischen Kampf in erster Linie nicht auf das *Was*, sondern auf das *Wie* ankommt. Wenn die sozialdemokratischen Vertreter in den gesetzgebenden Körpern soziale Reformen durchzuführen suchen, so haben sie die volle Möglichkeit, durch ihre gleichzeitige Opposition gegen die bürgerliche Gesetzgebung und die bürgerliche Regierung *im ganzen* – was sich handgreiflich unter anderem in der Ablehnung des Budgets äußert – auch ihrem Kampf um die bürgerlichen Reformen einen prinzipiell-sozialistischen Charakter, den Charakter eines proletarischen Klassenkampfes zu verleihen. Ein Sozialdemokrat hingegen, der *dieselben* Sozialreformen als Mitglied der Regierung, das heißt bei gleichzeitiger Unterstützung des bürgerlichen Staates im ganzen, anstrebt, reduziert tatsächlich seinen Sozialismus im allerbesten Fall auf bürgerliche Demokratie oder bürgerliche Arbeiterpolitik. Während daher das Vordringen der Sozialdemokraten in die Volksvertretungen zur Stärkung des Klassenkampfes, also zur Förderung der Sache des Proletariats führt, kann ihr Vordringen in die Regierungen nur Korruption und Verwirrungen in den Reihen der Sozialdemokratie zum Ergebnis haben. Die Vertreter der Arbeiterklasse können, ohne ihre Rolle zu verleugnen, nur in *einem* Falle in die bürgerliche Regierung treten: um sich ihrer gleichzeitig zu bemächtigen und sie in die Regierung der herrschenden Arbeiterklasse zu verwandeln.

Es kann allerdings in der Entwicklung oder vielmehr dem Untergang der kapitalistischen Gesellschaft Augenblicke geben, wo die endgültige Machtergreifung durch die Vertreter des Proletariats noch unmöglich wäre, ihr Anteil an der bürgerlichen Regierung aber als notwendig erschiene, namentlich wo es sich um die Freiheit des Landes oder um die demokratischen Errungenschaften, wie die Republik, handelt, während die bürgerliche Regierung selbst bereits zu kompromittiert und zu desorganisiert ist, um ohne die Unterstützung der Arbeitervertreter das Volk zur Gefolgschaft zu veranlassen. In einem solchen Falle dürften sich die Vertreter des arbeitenden Volkes selbstverständlich einer abstrakten Prinzipienreiterei zuliebe von der Verteidigung der gemeinsamen Sache nicht drücken. Allein auch dann müßte die Teilnahme der Sozialdemokraten an der Regierung in Formen geschehen, die weder die Bourgeoisie noch das Volk über den vorübergehenden Charakter und den ausschließlichen Zweck ihres Vorgehens im geringsten Zweifel lassen können. Mit anderen

Worten, der Eintritt der Sozialisten in die Regierung dürfte auch dann nicht auf die Solidarität mit ihrer Tätigkeit und ihrem Bestand im ganzen hinauslaufen. Ob gerade die obige Situation in Frankreich jetzt geschaffen war, erscheint deshalb zweifelhaft, weil die sozialistischen Parteien von vornherein und ohne an den Regierungsanteil zu denken, sich bereit erklärt hatten, eine jede aufrichtige republikanische Regierung zu unterstützen, während sie gerade umgekehrt, durch den Eintritt Millerands in das Ministerium, der jedenfalls ohne jede Ermächtigung seitens seiner Kollegen geschehen ist, von dieser Unterstützung zum Teil abgeschreckt werden. Jedenfalls kam es uns nicht auf die Beurteilung des Spezialfalles im Kabinett Waldeck-Rousseau, sondern auf die Ableitung einer allgemeinen Richtschnur aus unseren Grundsätzen an. Von diesem Standpunkte erscheint der Eintritt von Sozialisten in bürgerliche Regierungen als ein Experiment, das nur zum Schaden des Klassenkampfes ausfallen kann.

In der bürgerlichen Gesellschaft ist der Sozialdemokratie dem Wesen nach die Rolle einer *oppositionellen Partei* vorgezeichnet, als *regierende* darf sie nur auf den Trümmern des bürgerlichen Staates auftreten

Anmerkung

1*. Alexandre-Étienne Millerand, der in der französischen sozialistischen bewegung eine opportunistische Richtung vertrat, war vom 22. Juni 1899 bis 28. Mai 1902 im reaktionären bürgerlichen kabinett Waldeck-Rousseau Handelsminister. Dieser erste praktische Schritt des Opportunismus zur Einordnung der französischen Arbeiterbewegung in den bürgerlichen Staat führte in der II. Internationale zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den revolutionären Kräften und Opportunisten.